

Gratulation zur UNO-Mitgliedschaft

Im Anschluss an die Trauerminute zum Jahrestag des 11. September sprach Landtagspräsident Klaus Wanger gestern der Schweiz namens des Landtages die Gratulation zur Aufnahme in die UNO aus. Die Eidgenossenschaft wurde in der Nacht auf gestern 190. Vollmitglied der Vereinten Nationen.



Freude über die UNO-Mitgliedschaft der Schweiz: Landtagspräsident Klaus Wanger.

Neuer Aufsichtsrat für AHV/IV/FAK

Für die Mandatsperiode 2002 bis 2006 hat der Landtag den Aufsichtsrat der AHV/IV/FAK wie folgt bestellt:

Präsident: Fredy Vogt (neu), Balzers, einhellige Zustimmung bei 23 anwesenden Abgeordneten.

Mitglieder: Nora Meier-Good (bisher), Gamprin, und Michael Sochin (bisher), Eschen, beide einhellige Zustimmung bei 24 Anwesenden.

Ersatzmitglieder: Jolanda Conditto-Kaiser (bisher), Mauren, und Herlinde Oehri-Meier (bisher), Ruggell, beide einhellige Zustimmung bei 24 Anwesenden.

Raumplanung. Die Chance Liechtensteins



«Unsere Bauern leisten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung der Nahrungsgrundlage unserer Bevölkerung. Das Raumplanungsgesetz sichert ihnen die notwendigen Flächen, um diese Aufgabe auch in Zukunft erfüllen zu können.»

Thomas Büchel, Präsident der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen, Schaan

27./29.9.02 **JA**
www.raumplanung.li

Neue Reihenuntersuchung

Landtag genehmigt Nachtragskredit-Sammelvorlage einstimmig

Anlässlich der Nachtragskredit-Sammelvorlage informierte Sozialminister Hansjörg Frick darüber, dass die Reihenuntersuchung an den Schulen neu organisiert wird. Neu sollen die Schüler nicht mehr in der Schule, sondern bei ihrem Vertrauensarzt untersucht werden.

Martin Frommelt

Der Grossteil der einstimmig genehmigten summarischen Nachtragskredit-Sammelvorlage über 3,4 Millionen Franken betrifft das Gesundheitswesen. Der Finanzbeschluss wurde mit 13 Stimmen für dringlich erklärt.

Zwingende Kosten

Markus Büchel (FBP), Vorsitzender der Finanzkommission, führte aus, dass die beantragten Nachtragskredite aufgrund bestehender Gesetze und Abkommen zwingend seien. Dies betrifft unter anderem 1,7 Millionen Franken für höhere Defizitbeiträge an die schweizerischen Vertragsspitäler. Wie Büchel ausführte, handelt es sich hierbei jedoch nicht um effektive Mehrkosten, sondern um eine Verschiebung der Finanzierung von den Krankenkassen hin zur öffentlichen Hand. Dies sollte sich dementsprechend positiv auf die Entwicklung der Krankenkassenprämien auswirken.

Reihenuntersuchung

Ebenfalls genehmigt wurde der Nachtragskredit von 40 000 Franken für den Landesphysikus. In diesem Zusammenhang erläuterte Sozialminister Hansjörg Frick die geplante Neuerung bei den Reihenuntersuchen. Dies sei nötig geworden, da das System der bisherigen Schuluntersuchungen überaltert und nicht mehr zweckmässig sei. Neu sollen sich Kinder von einem Arzt der eigenen Wahl untersuchen lassen können. Dadurch wird dem Schutz der Intimsphäre Rechnung getragen, ausserdem lassen sich so Doppelspurigkeiten vermeiden.

Neu können die Eltern selbst einen Arzttermin vereinbaren und beim Untersuchung dabei sein. Wurden bisher pro Kind pro Untersuchung sechs Minuten einkalkuliert, so soll er neu 30 Minuten dauern, was eine genauere Untersuchung erlaubt.

Pro Schuljahr wird mit Mehrkosten von 80 000 Franken gerechnet. Diese Kosten sollen künftig durch die Krankenkassen übernommen werden. Bereits im laufenden Schuljahr ist ein Probelauf geplant.



Zwingende Ausgaben: Der Abgeordnete Markus Büchel, Vorsitzender der Finanzkommission. (Bilder: Paul Trummer)

Druck auf Staatshaushalt

Markus Büchel wies im Zusammenhang mit diesen notwendigen Nachtragskrediten darauf hin, dass der Spar-Druck auf den Staatshaushalt spürbar zunimmt. Die laufenden Aufwendungen bewegen sich laut dem Vorsitzenden der Finanzkommission gesamthaft im Budgetrahmen. Bei den laufenden Erträgen würden die budgetierten Erlöse jedoch aufgrund der hinlänglich bekannten Turbulenzen auf den Finanzmärkten vermutlich

nicht erreicht werden können. Dementsprechend sei zu erwarten, dass sich die Landesrechnung 2002 vermutlich nicht finanzleitbildkonform entwickeln werde.

Regierungschef Otmar Hasler bestätigte, dass die Regierung damit rechne, dass die budgetierten Einnahmen im Steuerbereich erreicht werden können, dass aber bei den laufenden Erträgen sehr grosse Unsicherheiten im Bereich der Vermögenserträge bestehen würden.

Land der Kunstdenkmäler

Zusätzliche 313 000 Franken für den «Poeschel»

Liechtenstein ist offensichtlich ein Land der Kunstdenkmäler. Für einen zweiten Band des in Neubearbeitung befindlichen Standard-Werks von Erwin Poeschel hat der Landtag jedenfalls zusätzlich einstimmig 313 000 Franken bewilligt.

Das für die landeskundliche und kunsthistorische Forschung bedeutende Werk «Die Kunstdenkmäler des Fürstentums Liechtenstein» geht auf das Jahr 1950 zurück. Für die Neubearbeitung des sogenannten «Poeschel» hat der Landtag 1998 bereits 300 000 Franken genehmigt. Jetzt hat sich herausgestellt, dass ein Band zu 480 Seiten für eine Dokumentation aller Kunstdenkmäler bei weitem nicht ausreicht. Deshalb wurde dieser Ergänzungskredit notwendig, wobei die Gemeinden wie bereits 1998 einen Beitrag in gleicher Höhe wie das Land

beisteuern. Wie der FBP-Abgeordnete Jürgen Zech (Bild) sagte, ergibt sich mit dieser Erweiterung auf zwei Bände «für unser Land die einmalige Chance einer zusammenhängenden Darstellung der Siedlungen und Gebäude im Fürstentum Liechtenstein». Hugo Quaderer (VU) sagte, es sei wichtig und richtig, dass das 1998 genehmigte Projekt weitergeführt und beendet werden könne. Zustimmung äusserte sich auch Paul Vogt (FL). Seinen Aussagen zufolge sind die Gemeinden Schaan, Eschen und Triesen bereits bearbeitet, wobei Schaan noch gekürzt werden müsse. (mf)



Volksentscheidung unumgänglich

Mitteilung des geschäftsführenden Präsidiums der FBP

Anlässlich der Sitzung am vergangenen Montag hat sich das geschäftsführende Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei erneut mit Fragen rund um die Verfassungsdiskussion befasst.

Dabei wurde auch die Beschwerde gegen die Volksinitiative sowie die Eingabe beim Europarat betreffend der Überprüfung der Verfassungsinitiative hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit den europäischen Grundsätzen besprochen.

Das Präsidium bekräftigt hiermit seine Haltung, dass in der Verfassungsfrage eine Volksentscheidung unumgänglich ist.

Weder eine Entscheidung auf dem Gerichtsweg noch eine von aussen auferlegte Regelung können nach all dem, was bis heute vorgefallen ist, als wirksame Lösungen in dieser Auseinandersetzung betrachtet werden.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben in den vergangenen Jahren bei grundsätzlichen Abstimmungen und Wahlen autonome Entschei-



Für das FBP-Präsidium (im Bild Geschäftsführer Marcus Vogt) kann nur ein Volksentscheid eine Lösung in der Verfassungsfrage bringen. (P.T.)

dungen getroffen und Unabhängigkeit bewiesen. Sie werden auch in der Verfassungsfrage als mündige Bürgerinnen und Bürger eine kluge, für unser Land sinnvolle Entscheidung treffen.

Landesvorstand und Landesparteitag

Nach dem Zustandekommen der Verfassungsinitiative wird das Präsidium wie angekündigt einen Landesvorstand einberufen, der ausschliesslich der Diskussion der Verfassungsvorlage gewidmet sein wird. Dabei sollen Vertreterinnen und Vertreter aller Positionen zu Wort kommen. Vor der allfälligen Volksabstimmung wird ein Landesparteitag stattfinden. Hier wird eine weitere Gelegenheit zur Gegenüberstellung des Für und Wider zur Abstimmungsvorlage und damit zur Meinungsbildung gegeben sein.

Für Sachlichkeit

An alle, die sich an der Verfassungsdiskussion beteiligen, richten wir erneut den Appell, die Auseinandersetzungen und Meinungsdivergenzen sachlich und fair auszutragen und persönliche Diffamierung zu vermeiden. Das Präsidium bekräftigt erneut die Unterstützung zum Vorgehen der Regierung, welches von der Sorge für die Zukunft unseres Staates getrieben ist.

Gestern im Landtag

Folgende Beschlüsse wurden am Mittwoch gefasst:

- Die Abänderung des Subventionengesetzes zwecks Subventionierung von Leichtmotorfahrzeugen wurde verabschiedet.
- Die Interpellationsbeantwortungen zur allgemeinen Verkehrspolitik und zum Letztetunnel wurden nach ausgiebiger Diskussion zur Kenntnis genommen.
- Der AHV/IV/FAK-Aufsichtsrat wurde neu bestellt.
- Die Wahl des 3. Senates des Obergerichts wurde auf Oktober verschoben.
- Die Nachtragskredite in Höhe von insgesamt 3,4 Mio. Franken wurden einstimmig genehmigt.
- Für die Neubearbeitung des Kunstdenkmälerwerks wurden einhellig zusätzliche 313 000 Franken bewilligt.
- Ein Sonderbeitrag von 1,1 Mio. Franken an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal für das Jahr 2002 wurde einhellig befürwortet.
- Das neue Designgesetz wurde in 2. Lesung beraten und einhellig verabschiedet.
- Die Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: Ende 2000) wurden zur Kenntnis genommen.
- Die Jahresberichte 2001 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union, der Delegation für die Parlamentarier-Kommission Bodensee sowie der EWR-Kommission wurden zur Kenntnis genommen.
- Der Beitritt zu vier weiteren int. Abkommen im Bereich der Terrorismusbekämpfung wurde beschlossen. Es handelt sich um das Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge, das Übereinkommen über die Markierung von Plastiksprengstoffen zum Zweck des Aufspürens, das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt sowie das zugehörige Protokoll.
- Mit der Beratung über die Niederlassungsrichtlinie betr. Rechtsanwälte im EWR wurde begonnen.

Heute im Landtag

Der Landtag setzt seine Beratungen heute um 9.00 Uhr fort. Schwerpunkte sind:

- Weiterberatung über die Niederlassungsrichtlinie betreffend Rechtsanwälte im EWR
 - Lehrerdienstgesetz
 - Agrarpaket
 - Konsumentenschutzgesetz
- Zum Schluss wird sich der Landtag noch mit dem Zusatztraktandum «Verfassung» befassen.

Übertragung der Landtagssitzung im Landeskanal

VADUZ: Die öffentliche Landtagssitzung von heute Donnerstag 12. September wird im Landeskanal als Tonsendung mit Standbildern ausgestrahlt. Die Sendung beginnt um 9.00 Uhr. Die Übertragung wird am Samstag und Sonntag, 14. und 15. September, wiederholt.

Die Traktanden der Landtagssitzung sind im Teletext ab Seite 114 aufgeführt. (paf)

TANKREVISIONS AG

Bauabdichtungen
Losert Jürgen
 9485 Nendeln
 Tel. +423/73 55 12
 Natel 079/312 50 32

- Tankrevisionen
- Tanksanierungen
- Tankneuanlagen/Abbruch
- Polysterarbelten
- Kunststoffbeschichtungen